

TIERSCHUTZ

Geschäfte mit Dackelblick

Zwölf Millionen Euro sammelt die „Aktion Tier“ jährlich an Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Doch nur ein Bruchteil kommt Tieren direkt zugute.

Ein Sommertag in Rosenheim, direkt im Zentrum: Der Mann im grünen Parka mit Pinguin-Emblem sucht Menschen, die ein Herz für Tiere haben. „Schauen Sie“, sagt er und blättert in einer Mappe, „ist das nicht grässlich?“ Er zeigt Fotos von zotteligen Ponys, Käfighühnern und Straßenhunden, so dürr, dass man die Rippen zählen kann. Bei so einem Anblick, souffliert der Mann, müsse man einfach helfen, oder?

Und helfen ist in diesem Fall nicht schwer: Am Info-Stand liegen Formulare bereit für eine Mitgliedschaft bei der „Aktion Tier“. Nur vier Euro Mindestbeitrag im Monat kostet es, Ponys, Hühner und Hunde zu retten.

Überwiegend auf diese Weise hat die Aktion Tier in den vergangenen Jahren über 200 000 Mitglieder werben und Beiträge und Spenden in Höhe von etwa zwölf Millionen Euro per annum generieren können. Wie viel von dem Geld allerdings wirklich bei geknechteten oder unterernährten Kreaturen landet, ist unklar. Kritiker der Organisation behaupten, die Aktion Tier helfe vor allem der eigenen Vereinsspitze.

Tatsächlich ist die Aktion Tier aus dem Deutschen Tierhilfswerk (DTHW) hervorgegangen, das sich Anfang 1999 als eine wahre Geldmaschine aus dem Drücker-Milieu entpuppte. Kopf des DTHW war Wolfgang U., der in den neunziger Jahren über 50 Millionen Mark an Vereinsgeldern umleitete – unter anderem für den Erwerb einer Luxusvilla in der thailändischen Sex-Hochburg Pattaya. Für seine seltenen Besuche in der bayerischen Heimat hielt sich der Geschäftsmann eine imposante Fahrzeugflotte aus den Marken Porsche, Rolls-Royce und Ferrari.

Das Münchner Landgericht verurteilte Wolfgang U. und zwei Komplizen 2003 zwar wegen Untreue zu langen Freiheits-

strafen. Dem DTHW schadete der gewaltige Spendenskandal indes erstaunlich wenig. Die Sammelorganisation machte weiter, als wäre nichts passiert, und nannte sich 2006 in Aktion Tier um.

Aber auch unter neuem Namen kommen bei den Geschäften mit dem herzzerreißenden Dackelblick die Tiere womöglich wieder zu kurz. Einen Gutteil des Geldes sicherten sich die Geschäftsleute und angeblichen Tierfreunde Michael Reichhardt, Frank Kroll und Holger Knieling.

Knieling hat bei der Aktion Tier den lukrativen Posten des Vorstandsvorsitzenden inne – ein Job, der mit 6600 Euro Aufwandsentschädigung im Monat vergütet wird. Zudem ist er als Unternehmensberater für die Verlagsgesellschaft der Aktion Tier tätig, deren Geschäftsführer er ebenfalls ist. Immer, wenn der Berater Knieling den Verlagsgeschäftsführer Knieling beriet, stellte er pro Stunde 100 Euro Honorar in Rechnung. Dass Mitarbeiter der

unterlagen: pro Monat 340 Aufklärungskampagnen für die Aktion Tier.

Dass so viele Info-Stände in deutschen Städten tatsächlich aufgeschlagen werden, scheint jedoch zweifelhaft. Für die Männer und Frauen, die in den Fußgängerzonen angeblich in erster Linie Informationsarbeit leisten, besteht ein großer Anreiz, möglichst viele Passanten anzusprechen. Denn sie bekommen für jedes neugeworbene Mitglied auch noch Provisionen. Das Geld für die „Erfüllungsgehilfen“ Concept und Service94 sei gut angelegt, lässt die Aktion Tier wissen. Die Erfahrung habe gezeigt, „dass das direkte Vier-Augen-Gespräch eine nachhaltigere Wirkung erzielt als andere Formen möglicher Aufklärungsarbeit“.

Es mag skandalös anmuten, wie die Aktion Tier mit Vereinsgeldern umgeht, illegal ist es aber wohl nicht. Der Verein stützt sich auf eine freiwillige externe Kontrolle durch eine Wirtschaftsprüfungskanzlei, die „ohne Ausnahme zu einer uneingeschränkten Bestätigung einer ordnungsgemäßen Mittelverwendung geführt“ habe. Zudem wird in vielen Bundesländern auch gar nicht mehr geprüft, was für Vereine es sind, die auf Mitgliederfang in deutsche Fußgängerzonen ausrücken. Der Grund: Viele Bundesländer, darunter Nordrhein-Westfalen und Bayern, haben das Sammlungs-gesetz abgeschafft. „Was eigentlich dem Bürokratieabbau dienen sollte, treibt vermutlich reihenweise Abzocker in die Innenstädte“, klagt Stefan Loipfinger, Chef der unabhängigen Organisation charitywatch.de, die sich für eine bessere Spendenkultur einsetzt.

Richtig engagiert im Kampf gegen unseriöse Werber ist nur das Land Rheinland-Pfalz. Dort schauen zwei Mitarbeiter der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) den Spendenorganisationen auf die Finger. Prompt wurde der Aktion Tier im vorigen Jahr von der ADD die Genehmigung verweigert, in den Städten und Gemeinden des Landes um Mitglieder zu werben: Eine erste Überprüfung habe ergeben, dass es „erhebliche Zweifel an einer einwandfreien und zweckentsprechenden Verwendung der Spendengelder“ gebe, schrieb die ADD.

Der Rheinländer Sigurd Tenbieg gründete in den vergangenen Jahren gemeinsam mit Familienmitgliedern und Freunden ein verworrenes Vereinskonglomerat. Von der Aktion Tier bekamen



Geschäftspartner Knieling (r.), Thyssen-Henne (M.)*, Info-Broschüre Siegeszug durch die bunten Blätter



Aktion Tier gleich mehrfach kassieren, ist keine Ausnahme: So berechnet die Pressesprecherin des Vereins auch noch 300 Euro pro Monat für die Reinigung der Büroräume.

Von lukrativen Verträgen profitieren auch zwei alte Geschäftsfreunde Knielings: Reichhardt und Kroll, die selbst schon im Beirat der Aktion Tier waren. Sie sind Chefs der Firmen Concept und Service94 – und erhalten von dem Tierschutzverein zusammen knapp sechs Millionen Euro pro Jahr. Ihre Gegenleistung laut Geschäfts-

* Mit einem örtlichen Politiker bei der Eröffnung eines Tierheims auf Teneriffa 2006.

zwei Vereine, in denen Tenbieg aktiv ist, in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt eine halbe Million Euro. Als die ADD Tenbiegs üppiges Netzwerk – zu dem der Bund Deutscher Tierfreunde, die Tierheim-Tierhilfe und der Tierschutzförderverein zählen – nicht mehr durchschaute und dem Bund Deutscher Tierfreunde das Sammeln und die Mitgliederwerbung in Rheinland-Pfalz verbot, zog Tenbieg vor das Verwaltungsgericht Trier. Dort kassierte der Tierfreund erst mal eine Abfuhr.

Zu den Begünstigten der Aktion Tier zählt auch die Münchner Rechtsanwältin und CSU-Stadträtin Evelyne Menges. Die von ihr gegründete Tierrettung München bekam im vergangenen Jahr über 150 000 Euro überwiesen. Zudem wurde Menges für ihre Funktion als „Vereinsanwältin“ mit stattlichen Monatspauschalen in Höhe von 7700 Euro bedacht. Die Juristin sitzt sogar im Olymp der bayerischen Viecherlfreunde, nämlich im Vorstand des Vereins SOS Projects, in dem Münchens Schickleria und Geldadel Tierliebe demonstrieren.

Die von der Millionärin Renate Thyssen-Henne gegründete Organisation wurde von der Aktion Tier regelmäßig mit hohen Zuschüssen gesponsert. Gemeinsam konnten Thyssen-Henne und Knieling zum Beispiel ein etwa eine Million Euro teures Tierheim mit angeschlossener Klinik auf Teneriffa eröffnen. Zum Einstand ließ sich Thyssen-Hennes millionenschwere Tochter Begum Inaara Aga Khan mit dem putzigen Hundewelpen „Joy“ fotografieren – ein Bild, das prompt zum Siegeszug durch die bunten Blätter startete. Wenn es jedoch um einen Einblick in die Vereinsbilanzen geht, tut sich SOS Projects etwas schwerer. Stefan Loipfinger von charitywatch.de wurde die Erlaubnis dafür verweigert – eine eher unübliche Maßnahme.

Womöglich müssen aber selbst SOS Projects und die anderen engen Kooperationspartner der Aktion Tier bald kürzertreten. Der Vorstand der Aktion Tier will die Zuschüsse aus dem riesigen Einnahmetopf kappen. Auf einer der letzten Vereinsversammlungen gab das Gremium die Devise aus, zukünftig doch lieber noch mehr Geld in eigene Projekte zu investieren.

GUIDO KLEINHUBBERT, CONNY NEUMANN



„Hansa Stavanger“: Melange aus Krimi und Psychodrama

HASENPUSSCH / DPA

Millionen, der Reeder offerierte 1,5 Millionen.

In dieser Phase, so gehe laut NYA aus den Aussagen der Besatzungsmitglieder hervor, sei der deutsche Kapitän heillos überfordert gewesen und habe sich mit den Piraten gegen die Reederei verbündet. Dass er nicht

die Interessen seines Arbeitgebers vertreten habe, habe die Verhandlungen verzögert. Die Mannschaft habe sich von ihm abgewandt und sei durch sein Führungsverhalten unnötig stark traumatisiert worden.

Ein Vorwurf der NYA-Analytiker wiegt besonders schwer: Um den Druck zu erhöhen, habe der Kapitän am 53. Tag den Piraten vorgeschlagen, fünf Seeleute von der Mannschaft auf dem Frachter zu isolieren und dem Reeder gegenüber zu behaupten, sie seien an Land gebracht worden. Die Piraten seien dem Vorschlag gefolgt. Kotiuk hingegen bezeichnet diese Version als „böartige Unterstellung“. Die Sicherheitsfirma sei unseriös, er habe sich „mit den Piraten nicht verbündet“; vielmehr habe er seine „Führungsaufgabe bestmöglich wahrgenommen, um die Qualen der Mannschaft so weit wie möglich zu lindern“, sagt der Kapitän.

Fehler in der Verhandlungsführung hält NYA auch den deutschen Behörden vor: Als sich Anfang Juni der Reeder des entführten Frachters „Pompei“ mit den Piraten auf ein Lösegeld von 2,5 Millionen Dollar einigte, hätten BKA und Bundesregierung dem „Stavanger“-Reeder Frank

Leonhardt hart zugesetzt. „Bieten Sie dieselbe Summe, dann werden die Piraten darauf eingehen“, habe ein Polizist Leonhardt geraten.

Üblicherweise werden Angebote in Schritten von höchstens 50 000 Dollar nachgebessert. Aufgrund der plötzlichen Erhöhung der Offerte um eine Million, glaubt NYA, hätten die Piraten noch mehr Geld gewittert, die Verhandlungen gerieten ins Stocken. So gar der Reeder der „Pompei“ habe 220 000 Dollar nachlegen müssen.

Ob eine härtere Linie tatsächlich schneller zum Erfolg geführt hätte, kann freilich auch NYA nicht beweisen. Das BKA will sich zu den Vorwürfen nicht äußern.

Unter Reedern, die naturgemäß ihren finanziellen Schaden gering halten wollen, nimmt die Neigung zur Zusammenarbeit mit dem BKA erkennbar ab. Thomas Nintemann von der Intersee Schifffahrtsgesellschaft, deren Frachter „Victoria“ mehr als zwei Monate in Piratengewalt war, empfiehlt, in künftigen Fällen „Verhandlungen doch lieber ganz den Reedern zu überlassen“.

ANDREAS ULRICH

PIRATEN

Stark traumatisiert

Hätte die „Hansa Stavanger“ früher freikommen können? Sicherheitsberater werfen Kapitän und BKA taktische Fehler vor.

GEDUSCHT, rasiert, das Haar frisch gestutzt, so saß die Crew der „Hansa Stavanger“ an jenem Morgen im Hotel Bahari Beach, nachdem sie ihr Schiff im Hafen von Mombasa endlich hatte verlassen können. Knapp vier Monate waren die 24 Seeleute, darunter 5 Deutsche, in der Gewalt somalischer Piraten gewesen. Vieles, was sie der kenianischen Polizei und den Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) an diesem Tag berichteten, fand sich wenig später als Melange aus Krimi und Psychodrama in der Weltpresse wieder.

Doch an jenem 9. August wurde die Mannschaft auch von der britischen Sicherheitsfirma Neil Young Associates (NYA) befragt. Das Unternehmen hatte im Auftrag des Schiffsversicherers die Reederei Leonhardt & Blumberg seit der Kaperung des Frachters beraten. Und was die Krisenmanager in den Einzelinterviews mit den Besatzungsmitgliedern gehört haben wollen, findet sich bislang nur in einem internen Dossier.

Der Bericht hebt sich zum Teil deutlich ab von den Schilderungen des 62-jährigen Kapitäns Krzysztof Kotiuk. Er hinterfragt das Verhalten des Schiffsführers und die Verhandlungsstrategie des BKA – und kommt zu einem scharfen Urteil: Ohne diverse taktische Fehler hätte das Martyrium der Crew niemals 122 Tage dauern müssen.

15 Millionen Dollar hatten die Piraten gefordert, nachdem ihnen die „Hansa Stavanger“ am 4. April in die Hände gefallen war. Ein branchenüblicher Auftakt: Die Entführer verlangen eine Phantasiesumme, der Reeder macht ein mageres Einstiegsangebot, und irgendwann einigt man sich weit unterhalb der ersten Forderung. Nach sieben Wochen waren die Piraten bei drei



Kapitän Kotiuk

Druck erhöhen

JOERG KOCH / DDP